

Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und
der Jungen Europäischen Föderalisten vom 25.03.2023

Generationengerechtigkeit im Kontext der Zeitenwende: Europäische Werte verteidigen, Klima schützen und in die Zukunft Europas investieren!

Der europäische Kontinent wird seit einiger Zeit von vielfältigen Krisen erschüttert: Klimakrise, Krieg, Corona-Pandemie und Inflation, um nur ein paar der Akutesten zu nennen. Es handelt sich dabei um Krisen, die die europäische Ordnung in ihren Grundfesten gefährden und gleichzeitig deutlich aufzeigen, welch dringenden Reformbedarf die Europäische Union hat. Die Auswirkungen dieser Krisen sind schon jetzt über alle Generationen hinweg deutlich zu spüren – und sie werden sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich verschärfen. Es ist daher in der Verantwortung der Entscheidungsträger*innen von heute die Interessen junger Menschen mitzudenken, damit auch zukünftigen Generationen eine sichere, souveräne, wirtschaftlich starke und zukunftsfähige sowie ökologisch nachhaltig aufgestellte Europäische Union vorfinden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die „Zeitenwende“ nicht nur europäisch, sondern vielmehr auch generationengerecht gedacht werden muss, sei es mit Blick auf den Klimaschutz, die Verteidigung der europäischen Werteordnung oder die Möglichkeit, gemeinsame finanzielle Investitionen in Europa gemeinschaftlich zu tätigen. Diese krisenbedingten Umwälzungen lassen sich nicht aufhalten. Es kommt daher in erster Linie darauf an, wie wir sie gestalten.

Europa-Union und JEF unterstreichen: Nur wenn wir uns gemeinsam unserer Verantwortung für ein Europa von morgen stellen, das über Generationen, Grenzen und parteipolitische Farben hinweg Brücken baut, kann uns der Weg in eine resiliente, demokratische und nachhaltige Zukunft gelingen.

Dass in Sachen Generationengerechtigkeit und der Einbeziehung einer europäischen Dimension aber noch akuter Handlungsbedarf besteht, ist bei drei aktuell als Antwort auf einige der Krise diskutierten Lösungen, die potentiell weitreichende Folgen für die Zukunft Europas haben können, besonders deutlich:

Europäische Werte verteidigen

So sehr die bisher größtenteils bestehende Einigkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Reaktion gegenüber dem russischen Aggressor zu begrüßen ist, so wirft der Krieg ein Schlaglicht auf Probleme wie nationale Vetos in der Außen- und Sicherheitspolitik oder ausbaufähige europäische Kooperation in der Verteidigung und Energiepolitik – letztlich auf die insgesamt unzureichende außen-, sicherheitspolitische und energiepolitische Souveränität Europas. In Anbetracht des „full-scale“ Krieges gegen die Ukraine kritisieren Europa-Union und JEF Deutschland, dass die gegenwärtigen Debatten, etwa um die Verteidigungsfähigkeit, zu national geführt werden. Europa-Union und JEF wiederholen daher ihre Forderung, Sicherheit als gesamteuropäisches Gut zu begreifen und daher vielmehr in gemeinsame, demokratisch befohlene Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen, wie etwa den Weg hin zu einer

Europäische Armee, zu investieren. Als erster Schritt müssen nationale Investitionen in die Beschaffung von Waffen und Munition europäisch gemeinsam organisiert werden, um die aktuellen verschwenderischen und inkompatiblen Mehrfachstrukturen durch gemeinsame Europäische Systeme zu ersetzen.

Zwar haben einzelne EU-Länder in Reaktion auf Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine die Wehrpflicht wiedereingeführt oder diskutieren das. Die JEF und die Europa-Union sehen die Zukunft weniger in der Einführung von Pflichtdiensten, sondern in besseren Grundlagen für sich freiwillig engagierende Bürger*innen. Bereits jetzt setzt sich deutschlandweit knapp die Hälfte der Bevölkerung ehrenamtlich für das Wohl der Gesellschaft ein. Dieses Engagement gilt es, ob jung oder alt, stärker zu würdigen und zu fördern, beispielsweise durch einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienste, umfassendere Informationsangebote, eine nachhaltigere finanzielle Ausstattung von Vereinen und Verbänden und eine stärkere Anerkennung ehrenamtlichen Engagements in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus ist auch eine weitere Europäisierung der Angebote und Einbettung in die bestehenden Strukturen europäischen Austauschs bzw. europäischer Freiwilligenarbeit zentral. Sie eröffnet die Chance kulturelle, soziale oder sprachliche Erfahrungen zu sammeln. Freiwilliges grenzüberschreitendes Engagement stärkt die europäische Identität durch mehr europäische Verständigung und damit den europäischen Zusammenhalt. Dieser Zusammenhalt ist wichtig für die Verteidigung der europäischen Werte und der Demokratie gegen den politischen und militärischen Druck von Autokraten.

Klima schützen

Klimagerechtigkeit bedeutet, „den menschengemachten Klimawandel nicht nur als Umweltproblem und technische Herausforderung [zu sehen], sondern in erster Linie als politisches und ethisches Thema.“ Damit wird der Klimawandel „in Verbindung zu Themen wie Gleichheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit gesetzt“ (BMZ). Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass die Lasten und Chancen des Klimawandels gerecht verteilt werden. So müssen sich die Industrie- und Schwellenländer ihrer Verantwortung zum Wohle aller stellen.

Klimagerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit zwischen Industrie- und Schwellenländern und Ländern des globalen Südens, sondern im Kern auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 wurde die deutsche Bundesregierung nicht nur zum schärferen Vorgehen beim Klimaschutz aufgefordert. Das Bundesverfassungsgericht hielt vielmehr grundsätzlich fest, dass das Grundgesetz dazu verpflichtet, die zukünftigen Freiheitseinschränkungen – vor allem jüngerer Menschen – durch aktuell unzureichende Maßnahmen – vor allem bezüglich effektiven Klimaschutzes – zu beachten und Entscheidungen danach auszurichten: „Danach darf nicht einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde.“

In diesem Sinne müssen daher letztlich auch die vielfältigen Reformen der einzelnen Mitgliedsländer noch weitgehender sein. Die EU sollte die grüne Transformation der Wirtschaft mit einer zielgerichteten Regulierung und einer Offensive für Forschung und Entwicklung vorantreiben. Zukunftsinvestition der EU sollten nur noch in klimaneutrale Technologien erfolgen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss als gesamteuropäische Aufgabe begriffen werden und entsprechend durch die EU gesteuert werden. Die notwendige

Infrastruktur für erneuerbare Energien muss europäisch geplant und umgesetzt werden. International muss sich die EU noch stärker dafür einsetzen, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens auch tatsächlich umgesetzt werden. Hierfür sollte sie ihr wirtschaftliches Gewicht noch stärker nutzen.

Gemeinschaftlich in die Zukunft investieren

Insbesondere seit dem Ausbruch der Pandemie verschärfen sich vorhandene soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten – innerhalb wie auch zwischen der EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig verschärfen demografischer Wandel und Fachkräftemangel die Herausforderungen noch weiter.

Angesichts der aktuell bestehenden Krisen und sich andeutenden Krisen der Zukunft, welche die Ungleichheiten massiv zu verschärfen drohen, gilt es daher entschlossen und vor allem europäisch zu handeln. Nötig sind dafür Investitionen, die im genuin gesamteuropäischen Interesse erfolgen, sowie etwa auch Investitionen in Forschung, nachhaltige Technologien und saubere Energie. Allzu oft steht allerdings der europäische Mehrwert hinter dem Ausgleich nationaler Interessen über Gebühr zurück. Die gemeinsame Schuldenaufnahme, wie sie im *NextGenerationEU* Wiederaufbaufonds angelegt war, bildete demgegenüber einen historischen Moment europäischer finanzieller Solidarität und Souveränität. Gemeinsame europäische Investitionen vermeiden die Spaltung der EU in Länder, die eine Rettung und Transformation ihrer Industrie bezahlen können, und diejenigen, denen die Haushaltsmittel dazu fehlen. Gemeinsame Investitionen sind die bessere Alternative zur aktuell diskutierten Schwächung des europäischen Wettbewerbs- und Beihilferechts für nationale Subventionen in Reaktion auf das US-amerikanische Investitionsprogramm in erneuerbare Energien (Inflation Reduction Act).

Europa-Union und JEF fordern daher, dass auch weiterhin Zukunftsinvestitionen solidarisch, durch bedarfsgerechte gemeinsame Schuldenaufnahme, getätigt werden können. Solide öffentliche Finanzen eröffnen zukünftige Spielräume und sichern die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand. Sie sollten daher im Sinne der Generationengerechtigkeit genauso wie zukunftsste Infrastruktur und Institutionen stets im Blick behalten werden.

Deshalb fordern Europa-Union und JEF die Einführung von Eigenmitteln als notwendigen Schritt zur frühzeitigen Schuldentilgung und in Richtung finanzieller Stabilität. Statt des gemeinwohlschädigenden Steuerwettbewerbs unter Mitgliedstaaten fordern wir faire Steuerkooperation. Gerade im Jahr des 30-jährigen Bestehens des europäischen Binnenmarkts wäre eine Nutzung des darin veranlagten Potenzials, beispielsweise durch die Einführung gemeinsamer europaweiter Steuern und der Errichtung einer Fiskalunion, der notwendige nächste Schritt zu auf dem Weg zu seiner Vollendung. Über eine finanzielle Aufstockung des gemeinsamen Haushalts um mehrere Prozent des Bruttonominalprodukts ließe sich so schließlich auch in gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen investieren.

Klar ist: Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen meistern wir besser zusammen, über Grenzen wie auch Generationen hinweg. Einander zuhören, voneinander lernen und gemeinsam Verantwortung übernehmen, das sind die Leitplanken einer gelebten europäischen Solidarität, die gerade in Zeiten der Krise, in denen sich Positionen verhärten und Konflikte schneller entzünden, stärker als bisher beachtet werden müssen.